

Das Schweigen überwinden - Friedenspolitik neu gestalten Ein Aufruf zu Umkehr und Orientierung

Seit Wochen warten viele Menschen auf eine klare, mit friedenspolitischen Folgen versehene Verurteilung des Krieges in Tschetschenien durch die Bundesregierung. Bis jetzt vergeblich. Hinter dem Schweigen verbirgt sich nicht nur Unvermögen. Es liegt vielmehr in der Konsequenz der gegenwärtigen Politik. Seit dem Golfkrieg gehört die regional begrenzte, militärische Austragung von Konflikten zur Strategie internationaler Politik. (Macht-)Politische und ökonomische Interessen sollen so durchgesetzt werden.

Regierung und Parteien bleiben den Menschen die Botschaft in Wort und Tat schuldig, die die Weltversammlung der Kirchen 1948 in Amsterdam ausgerufen hat:

Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein.

50 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges eröffnet sich eine bittere Bilanz:

- Heute können Kriege geführt werden, ohne dass sich dagegen nennenswerter Protest erhebt.
- Eine Ächtung des Krieges als politische und moralische Unmöglichkeit findet nicht (mehr) statt.
- Die internationale Politik verkommt zur Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln; und Diplomatie erschöpft sich darin, Kriege lediglich „erträglicher“ zu machen.
- Konflikte werden durch den noch immer legalen Waffenexport geschürt.
- „Weltpolitische Verantwortung übernehmen“ wird in der politischen Auseinandersetzung in Deutschland verstanden als „sich an militärischen Aktionen beteiligen können“.
- Einen Zwang, Konflikte nicht militärisch auszutragen, gibt es derzeit nicht.

Demgegenüber hatten viele Menschen nach dem Ende des „kalten“ Krieges erwartet und gehofft, dass die Erfahrungen der friedlichen Revolution zu einer Strategie nichtmilitärischer Konfliktlösungen weiterentwickelt werden. Doch die Hoffnungen und Erfahrungen wurden den Menschen nicht abverlangt. Im Gegenteil: während des Golfkrieges wurde das friedenspolitische Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger als unerwünscht denunziert.

Selbst in den Kirchen wird wieder von der Unvermeidbarkeit militärischer Auseinandersetzungen bzw. vom „gerechten Krieg“ gesprochen. Oft genug wird der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien argumentativ dazu missbraucht, die Unmöglichkeit einer pazifistischen Haltung zu behaupten. Kann es da verwundern, dass der Widerspruch gegen das politische und moralische Versagen ausbleibt, und viele Menschen Gleichgültigkeit an den Tag legen? Mit Kriegsgewöhnung und Friedensmüdigkeit machen sich Politiker und Politikerinnen, jeder Bürger und jede Bürgerin aber mitschuldig an den Opfern der Kriege.

**Gegen die schleichende Militarisierung der deutschen (Außen-)Politik
erheben wir entschiedenen Protest.**

Wer weiter davon ausgeht, dass militärische Einsätze und Aktionen irgendetwas zur Lösung von sozialen, innerstaatlichen oder regionalen Konflikten austragen können, sitzt einer gefährlichen und grausamen Illusion auf. Über 40 Kriege mit über 6 Millionen Toten im Jahr 1994 entlarven diese Illusion als schreckliche Lüge.

Dieser Lüge setzen wir den befreienden und realistischen Auftrag Jesu zur Gewaltlosigkeit entgegen. Nach ihm haben wir jede Art von Gewaltanwendung in der Auseinandersetzung zwischen

Menschen und Völkern radikal zu vermindern. Dies setzt eine neue, aktive Friedenspolitik voraus, in deren Entwicklung alle Bürgerinnen und Bürger einbezogen sein müssen.

Darum treten wir für eine entschlossene Umkehr ein:

- Militärpolitisches Denken und Handeln müssen ersetzt werden durch eine aktive und intelligente Politik der Gewaltlosigkeit und Gerechtigkeit.
- Durch eine neue Ost- und Friedenspolitik müssen Bedingungen geschaffen werden, die vorhandenen Konflikte nichtmilitärisch auszutragen.
- Soziale Gerechtigkeit und eine gleichberechtigte wirtschaftliche Entwicklung zwischen Ost und West, Nord und Süd müssen zum ersten Ziel internationaler Politik werden.
- Waffenexporte müssen ohne jede Einschränkung verboten und unter Strafe gestellt werden.
- Deserteure aus den Kriegsgebieten müssen in Deutschland Schutz und rechtliche Anerkennung finden.

Auch im eigenen Land sehen wir die große Gefahr, dass soziale Ungerechtigkeiten und das zunehmende Sicherheitsbedürfnis vieler Bürgerinnen und Bürger zu Entfremdungen und Spaltungen in der Gesellschaft, zur Militarisierung des Denkens und zur zivilen Aufrüstung (Privatbewaffnung) führen. Die Bereitschaft, bei der Austragung von Konflikten immer frühzeitiger auf Gewalt zu setzen, bedroht den inneren und äußeren Frieden. Wir sehen einen Zusammenhang zwischen der zunehmenden Gewalt im eigenen Land und der zunehmenden Bereitschaft der Politik, sich an Kriegen zu beteiligen. Dem um sich greifenden Prinzip „Konfliktlösung durch Konfliktvernichtung“ möchten wir das von Jesus geforderte Lebensrecht auch für den Feind entgegensetzen.

Es ist allerhöchste Zeit, einen neuen gesellschaftlichen Konsens zu finden, in dem kriegerische Auseinandersetzungen zur politischen und moralischen Unmöglichkeit werden. Kriege - ihre Vorbereitung, Förderung, Durchführung und Duldung - dürfen weder durch die Politik noch durch Religionen und Kirchen eine Rechtfertigung erfahren. Denn Krieg zerstört nicht nur millionenfach Menschenleben. Er zerstört auch alle Werte, die menschenwürdiges Zusammenleben erst ermöglichen.

Wir erinnern an das Wort des früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann:

**„Nicht der Krieg ..., sondern der Frieden ist der Ernstfall,
in dem wir alle uns zu bewähren haben.
Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr.“**

Wer sich hinter dem Frieden die Möglichkeit des Krieges offenhalten will, vernichtet schon jetzt menschliche Existenz. Wer will diese Anmaßung verantworten?

*Christian Wolff,
Pfarrer an der Thomaskirche*

*Christian Führer,
Pfarrer an der Nikolaikirche*

Leipzig, 27. Januar 1995

Wir bitten um vielfältige Unterstützung dieses Aufrufs. Weitere Exemplare des Aufrufes können Sie bei den Initiatoren erhalten:

Pfr. Christian Wolff, Dittrichring 12, 04109 Leipzig, Tel. 0341/960 28 55

Pfr. Christian Führer, Nikolaikirchhof 3, 04109 Leipzig, Tel. 0341/20 09 52